

„Die Vorbereitung auf die aktuelle Flüchtlingsbewegung ist eher dürftig gewesen“

Krisen in aller Welt und/oder düstere Zukunftsaussichten lassen den Flüchtlingsstrom nach Deutschland anschwellen – mit allen verbundenen Problemen. Gleichzeitig sehen viele eine organisierte Zuwanderung als unabdingbar an. Ein Interview mit Integrationsforscher PD Dr. Stefan Luft vom Institut für Politikwissenschaft der Uni Bremen über einige Aspekte einer schwierigen Gemengelage.

Herr Luft, ob Verfolgte aus Krisenregionen oder Armutsflüchtlinge – der Strom schwillt an. Ist Deutschland für die damit verbundenen Herausforderungen gewappnet?

Natürlich haben wir als wirtschaftlich starkes Land die Voraussetzungen, auch eine relativ große Zahl dieser Menschen aufzunehmen. Allerdings ist die Vorbereitung auf die aktuelle Flüchtlingsbewegung eher dürftig gewesen. Es war viel früher zu erkennen, dass aufgrund der großen Konflikte im Irak, in Syrien, in Afghanistan Flüchtlingsströme entstehen werden, die sich auch auf uns auswirken. Man hätte die Kommunen und Behörden viel eher in die Lage versetzen können, die Voraussetzungen für eine vernünftige Aufnahme und eine rasche Abwicklung der Verfahren zu schaffen.

In Mai 2015 haben 15 Oberbürgermeister und Landräte in Nordrhein-Westfalen von ihrer Landesregierung gefordert, mehr abgelehnte Asylbewerber abzuschieben. Sind wir ein herzloses Land?

Das ist ja eine Art Hilferuf überlasteter Kommunen. Die oft geforderten „fairen Verfahren“ machen nur Sinn, wenn sie bei negativem Ausgang – also wenn dem Antragsteller das Bleiberecht versagt wird – auch dazu führen, dass Ausreisepflichtige das Land wieder verlassen. Sonst laufen diese Verfahren ins Leere, und die Ämter und Gerichte arbeiten für den Papierkorb. Dann droht ein Akzeptanzverlust in der Öffentlichkeit. Aber einzelne Bundesländer sind aus Gründen politischer Opportunität offenbar nicht mehr bereit, den restriktiven Teil des Ausländerrechts zu vollziehen. Das führt zu verstärkten Wanderungs-

bewegungen und die Kapazitäten werden zusätzlich belastet. Das geht zu Lasten jener, die hier Schutz vor existentieller Bedrohung suchen.

Medienberichten zufolge werden Menschen aus Balkanstaaten – etwa aus Albanien – organisiert in Bussen zu uns gebracht, weil sie sich hier eine erträgliche Zukunft erhoffen. Wie soll Deutschland mit solch einem Problem umgehen? Ist es überhaupt eines?

Das ist schon ein Problem. 2014 kamen immerhin 25 Prozent aller Flüchtlinge mit dem Ziel Deutschland aus den westlichen Balkanstaaten. Oft aus nachvollziehbaren ökonomischen und sozialen Gründen, zum Beispiel wegen erlebter Diskriminierung als Minderheit. Für die Zeit ihres Aufenthalts – bis ihr Fall geklärt ist – bekommen sie Sozialleistungen. Diese Unterstützung ist ein Vielfaches von dem, wovon sie in ihrem Herkunftsland leben müssten. Das heißt: Selbst wenn ihr Verfahren aussichts-

„Der Hinweis auf den demographischen Wandel ist erst einmal mit Vorsicht zu genießen“

los ist, ist ihr reiner Aufenthalt hier für sie lohnenswert. Dieses ‚Kalkül des Bleibens‘ sollte nicht aufgehen. Man gäbe den Staaten, aus denen diese Minderheiten kommen, sonst die Gelegenheit, sich der eigenen Probleme auf Kosten Dritter zu entledigen. Diese Staaten erhalten von der EU erhebliche Mittel, um beispielsweise Roma zu integrieren. Diese Mittel müssen dazu beitragen, dass sich die Verhältnisse der Minderheiten dort nachhaltig bessern. Es kann nicht sinnvoll sein, diese Minderheiten hier aufzunehmen und die Herkunftsländer aus ihrer Pflicht zu entlassen.

In Bremen werden Flüchtlinge mittlerweile in Zelten untergebracht, weil nicht mehr genug Wohnraum vorhanden ist. Muss man Verständnis dafür haben, dass die Verantwortlichen an Grenzen stoßen?

Die Kommunalverwaltungen sind das letzte Glied in der Kette. Sie hätten früher

vor dem Anstieg gewarnt werden müssen. Jetzt versuchen die Kommunen, das Beste daraus zu machen. Dass dabei kurzfristig Kapazitätsprobleme auftauchen, kann passieren. Die Behörden haben aber auch aus den Erfahrungen in den 1990er-Jahren gelernt. In Bremen sollen Flüchtlinge beispielsweise nicht mehr in Stadtteilen konzentriert werden, in denen ohnehin schon die meisten Migranten und Armen wohnen, sondern über die Stadt verteilt untergebracht werden.

Es heißt oft, Deutschland brauche schon alleine aus wirtschaftlichen Gründen Zuwanderung. Dennoch hat die Politik bis heute kein Einwanderungsgesetz formuliert und verabschiedet. Warum?

Bei der Neuordnung des Ausländerrechts hat sich in den vergangenen zehn Jahren schon sehr viel getan. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat uns attestiert, dass wir hinsichtlich der Zulassung von Arbeitsmigration eine der offensten und liberalsten Regelungen überhaupt geschaffen haben. Viele Juristen sagen, dass ein neues Einwanderungsgesetz nicht nötig ist. Die Forderung ist eher politisch motiviert: Man erhofft sich damit noch mehr Zuwanderung und deren Akzeptanz. Man muss sich zudem die Absichten der einzelnen Akteure genau anschauen. Die Wirtschaft zum Beispiel hat ganz konkrete Interessen, etwa über ein möglichst großes Potential günstiger Arbeitskräfte zu verfügen. Ihr wäre ein deregulierter globaler Arbeitsmarkt am liebsten. Dann müsste man bei Arbeitskraftknappheit nicht höhere Löhne zahlen oder bessere Arbeitsbedingungen bieten, sondern könnte auf Arbeitskräfte aus wirtschaftsschwachen EU-Staaten oder darüber hinaus aus der Peripherie zurückgreifen. Von daher ist der Hinweis auf den demographischen Wandel erst einmal mit Vorsicht zu betrachten. Denn aktuell sagen sechs Millionen Menschen in Deutschland, dass sie gerne mehr arbeiten würden – natürlich bei entsprechender Entlohnung.



PD Dr. Stefan Luft

“... preparations for the flood of refugees we see today were rather lacking”

Crises all over the world and/or dismal future prospects at home are causing more and more refugees to flee to Germany – with all the associated problem issues. At the same time, many people see a pressing need for a form of organised migration. Here is an interview with a researcher on integration, PD Dr. Stefan Luft from the University of Bremen’s Institute of Political Science.

Refugees from war zones and people escaping poverty – huge numbers of refugees are on the move – is Germany really prepared to meet the associated challenges?

As an economically strong country we are able to take in a relatively large number of these people. Nevertheless, it must be said that preparations for the flood of refugees we see today were rather lacking. We knew quite early on that the wars in Iraq, Syria, and Afghanistan would result in refugee movements that would inevitably affect us, too.

In May of this year 15 mayors and local councillors in North Rhein-Westphalia issued a plea to deport rejected asylum seekers. Have we become a country of heartless people?

That was an appeal for help from financially distressed local governments. The frequently heard call for “fair procedures” only makes sense when the negative outcome of applications for asylum leads to the rejected persons having to leave the country. Otherwise the procedures make no sense whatsoever, and the courts and government agencies are working for nothing. This would also lead to a loss of acceptance in the public eye. However, for reasons of political opportunism, certain Länder are clearly not willing to enforce the more restrictive components of our law on aliens. This, in turn, fuels the desire to come to Germany – and our capacity to deal with the situation is weakened further. All this is at the cost of those who are genuinely seeking refuge from existential danger.

According to media reports, traffickers in the Balkan countries are bussing people to Germany, where they expect a better future. Isn't that a problem?

Yes, it is. In 2014 no less than 25 percent of all refugees migrating to Germany came from the western Balkan states. Understandably, they have their own economic and social reasons for doing so: for example, persons belonging to suppressed minority groups. Here they

are entitled to receive social benefits until their applications for asylum have been dealt with. The support they receive is a multiple of what they had to live on in their home countries. Obviously, even in the event that their application is futile from the outset, their stay in Germany is still worthwhile. We have to find a way to counter such behaviour. Otherwise, we are simply encouraging those countries the minority groups are fleeing from to seize the opportunity to resolve their internal problems at the cost of other economies.

We constantly hear that Germany needs migration for purely economic reasons. In spite of this, the Government has failed to formulate and adopt an accordant immigration law. Why is that?

Actually, quite a lot has been done over the past ten years to adapt the law on aliens. According to the Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD), we now have some of the most open and liberal regulations with regard to workers' migration. Indeed, many legal experts believe there is no need for new legislation on migration. Those who say the contrary likely do so for political reasons: They hope this will lead to more migration and public acceptance.